

FDP Borkum warnt vor weiteren Steuererhöhungen

Außerordentliche Mitgliederversammlung – MdL Riese zu Gast

BORKUM/sp – Kritik hat der Vorsitzende des FDP-Ortsverbandes Borkum, Fokke Schmidt jr., in Bezug auf den geplanten Wellenbadumbau geübt. Er warf der Stadtverwaltung während einer „außerordentlichen Mitgliederversammlung“ im Nautic-Hotel in der vergangenen Woche „katastrophale Informationspolitik“ vor. „Die Verwaltung hält es nicht für nötig, den Bürgern klar vor Augen zu führen, wie es weitergeht und welche Alternativen für Patienten geschaffen werden“, erklärte Schmidt. Der OV-Vorsitzende rechnete mit starken Einnahmeausfällen und schließt auch einen Gästerückgang nicht aus. Gleichzeitig warnte er die Stadt, um die Einnahmeausfälle sowie Finanzierung von Krediten auszugleichen, Steuern oder Abgaben zu erhöhen. „Bereits die erfolge Realsteuererhöhung wurde von uns abgelehnt. Und auch weiteren Griffen in die Taschen der Bürger werden wir nicht zustimmen“, führte Schmidt dazu abschließend aus.

In seiner rund 30-minütigen Rede streifte der Vorsitzende dann auch verschiedene Themenfelder, wie zum Beispiel den Golfplatz, das Gerangel um die Offshore-Windenergie, die liberale Sommernacht, bundespolitische Tourismuspolitik sowie die niedersächsische Schulreform und natürlich auch die „Villa Erika“. Allerdings hatte sich Schmidt auch mit seiner eigenen Partei zu befassen. So wurde dem im Februar diesen Jahres gewähl-

ten neuen Vorstand „Klientelinteresse“ vorgeworfen und die FDP als „Gastronomenpartei“ bezeichnet.

Das „Aus“ für den geplanten Golfplatz wurde als „schwerer Rückschlag“ für die Entwicklung der Insel aufgefasst. Damit sei der Anschluss an zahlreiche andere touristische Gemeinden verpasst und ein wichtiger neuer Gästekreis wurde verloren. Schmidt: „Wir haben den Golfplatz verloren und dafür ein Stück wichtige Natur erhalten. Ich wünschte, wir hätten heute beides – aber Politik ist nun mal kein Überraschungsei, und wir akzeptieren die Entscheidung des Bürgers.“

Klare Worte fand Fokke Schmidt jr. auch für die Villa Erika an der Bismarckstraße. So erklärte er dass – wenn es dem Rat der Stadt möglich sei, hier eine Ausnahme zu schaffen – es dem Investor auch ermöglicht werden sollte, sein Vorhaben zu gestalten. „Und wenn einige Personen Geschößflächen- und Grundflächenzahl zu hoch erscheint, dann muss ein Kompromiss gefunden werden. Dann darf ein solches Projekt nicht durch pure Paragrafenreiterei sterben“, ging der Vorsitzende mit den Gegnern dieses Projektes hart ins Gericht. Und er ging sogar weiter, indem er die Richtung des Borkumer FDP-Vorstandes dazu klar definierte: „Keine politische Annäherung mit der Bürgerinitiative Villa Erika, keine Verknüpfung der FDP mit ihr, und wir sind auch nicht der politische Arm der Bürgerinitiative.“

Wir lassen uns nicht als Pferd vor den Karren spannen“, sagte er unmissverständlich mit Blick auf den ehemaligen Vorsitzenden Bruno Haenelt (FDP Ratsherr). Weiter warf er der Initiative vor, alles zu blockieren, was Borkum vorwärts bringe, Arbeitsplätze und neue Angebote schaffe und gleichzeitig für ein positives Stadtbild Sorge, Borkum brauche Fortschritt und Veränderung, meinte Schmidt abschließend und fügte noch an, dass dazu auch das Aufbrechen alter Strukturen gehöre.

Als Gast konnte auf der Versammlung auch der FDP-Landtagsabgeordnete Roland Riese aus Emden begrüßt werden. Riese, der auch Bezirksvorsitzender der Liberalen ist, erläuterte den Anwesenden zunächst die Arbeit der Fraktion im niedersächsischen Landtag in Hannover. Kernpunkt seiner Ausführungen war aber ein Gespräch mit dem Kultusministerium, aus dem er positive Signale in Sachen Schulstruktureform für Borkum mit auf die Insel brachte. Nach seinen Ausführungen soll das Ministerium für Borkum vier gymnasiale Wochenstunden für begabte Kinder in der Borkumer Schule einrichten. Dies habe ihm ein Sprecher des Ministers noch am Abend der Veranstaltung mitgeteilt. Damit würde zunächst eine von der Borkumer Schule gestellte Forderung in Erfüllung gehen. Es müsse aber noch abgewartet werden, ob der Minister diesem Vorschlag letztendlich so zustimmen werde.